

Neue Pläne für den Ratskeller

Die Grünen schlagen vor, in dem Gewölbe einen Kulturclub zu eröffnen.

Zwei Monate gibt es im Ratskeller noch Bier, Schweinebraten und Käsespätzle, dann ist Schluss: Ende des Jahres schließt die Gaststätte, Wirt Peter Wieser geht in den Ruhestand; und 2032 steht schließlich eine Generalsanierung an. Was bis dahin mit den Räumlichkeiten passiert, ist noch unklar. Die Stadtratsfraktion der Grünen/Rosa Liste hat nun eine Idee für eine Zwischennutzung: In einem Antrag an den Stadtrat schlägt sie vor, den Ratskeller künftig als städtischen Club oder Kulturraum zu nutzen. In Zusammenarbeit mit der Fachstelle „Moderation der Nacht“ (MoNa) solle ein entsprechendes Konzept entwickelt werden.

„Ein städtisch unterstützter Kulturclub könnte eine Lücke in Münchens Club- und Kulturlandschaft schließen“, heißt es in dem Antrag. Zudem könne man damit ein Signal senden: Zentrale Räume in der Stadt seien nicht nur für kommerzielle Interessen da, sondern auch für das Gemeinwohl. „Das traditionsreiche und denkmalgeschützte Gewölbe bietet eine fantastische Kulisse für kulturelle Nutzungen.“

Neben Partys wären für die Grünen auch Konzerte oder nicht kommerzielle Veranstaltungen denkbar. Auch Kulturschaffende könnten Raum finden. „München braucht mehr Platz für junge Menschen“, sagt Clara Nitsche, stellvertretende Fraktionsvorsitzende. „Und warum dann nicht gleich direkt im Rathaus?“ Dass ein denkmalgeschütztes Gewölbe jahrelang leerstehe, könne sich die Stadt nicht leisten. „Stattdessen kann hier ein Ort entstehen, an dem Kreativität und Kultur gelebt werden – und natürlich auch gefeiert wird.“

Ein Leerstand soll vermieden werden

Leerstand müsse unbedingt vermieden werden, sagt auch Manuel Pretzl, Sprecher der Fraktion der CSU/Freien Wähler. Er verweist allerdings auf einen Antrag, in dem die Fraktion bereits im Mai forderte, eine weitere gastronomische Nutzung voranzutreiben. „Uns wäre es am liebsten, wenn der Ratskeller ein Wirtshaus bleibt, das ganztägig nutzbar und für Menschen aller Altersklassen attraktiv ist.“ Ein Club, so Pretzl, würde hingegen wohl „nur nachts und nicht von der Breite der Bevölkerung“ genutzt. „Notfalls wäre das aber immer noch besser als Leerstand.“

Die SPD zeigt sich wenig begeistert von der Idee der Grünen. „Der Ratskeller ist eine Traditionsgaststätte im Herzen der Stadt. Bevor hier Technopartys stattfinden, möchten wir alles versuchen, um einen neuen Wirt zu finden“, sagt Fraktionsvorsitzende Anne Hübner. Leerstand sei auch für die SPD keine Option. Aber über Alternativen könne man erst sprechen, wenn keine gastronomische Lösung gefunden werde.

Anna-Maria Salmen



Ende des Jahres muss der Ratskeller im Rathaus schließen. Was danach bis zur Generalsanierung mit den Räumen passieren soll, ist offen.

FOTO: STEPHAN RUMPF

Frau stirbt nach Unfall auf A99

Eine Frau ist bei einem Unfall auf der Autobahn 99 gestorben. Zwei weitere Menschen wurden bei dem Zusammenstoß schwer verletzt, wie die Polizei mitteilte. Am Kreuz München Nord fuhr zunächst ein 27-Jähriger aus ungeklärter Ursache gegen eine Betonwand und blieb auf der linken Spur stehen. Ein 73-Jähriger bemerkte das und blieb neben dem Auto stehen. Er und seine Enkelin stiegen aus, seine 79 Jahre alte Ehefrau blieb im Wagen. Sie wollten den Angaben nach dem 27-Jährigen helfen. Dann kam ein 19-Jähriger in einem Kleintransporter an die Unfallstelle heran. Er wich dem Unfallauto noch aus, stieß dann aber gegen den Wagen des 73-Jährigen, in dem die Ehefrau noch saß. Sie kam nach dem Zusammenprall in ein Krankenhaus und starb dort an ihren schweren Verletzungen. Der 19-Jährige und sein Beifahrer kamen schwer verletzt ins Krankenhaus. Die Autobahn wurde nach dem Unfall in Fahrtrichtung Salzburg komplett gesperrt. In der Folge bildete sich ein kilometerlanger Rückstau. Die A99 wurde erst nach rund zehn Stunden wieder komplett freigegeben.

DPA



Freistaat verkauft Heisenbergs Institut

Das Max-Planck-Institut für Physik am Föhringer Ring, das der Nobelpreisträger einst leitete, steht seit zwei Jahren leer. Auch andere Immobilien sollen abgegeben werden, um die Kassen aufzufüllen.

Von Sebastian Krass

Es ist ein historisch aufgeladener Ort nahe dem Englischen Garten, der da bald zum Verkauf stehen soll: Im Jahr 1955 beschloss das Max-Planck-Institut für Physik (MPP), von Göttingen nach München umzuziehen. Chef des Instituts war Werner Heisenberg, der 1933 im Alter von nur 32 Jahren den Nobelpreis erhalten hatte. Den Auftrag für den Institutsneubau am Föhringer Ring 6 bekam auf Heisenbergs Wunsch sein Jugendfreund Sep Ruf, der Münchner ist aus heutiger Sicht einer der bedeutendsten deutschen Architekten der Nachkriegszeit.

Ruf entwarf ein Ensemble aus einzelnen, mit einem gläsernen Gang verbundenen Gebäuden und einem großzügigen Garten, „ein für damalige Zeiten revolutionärer Forschungsbau“, wie das MPP selbst schreibt. Logisch, dass diese Anlage zwischen Studentenstadt und der Iphitos-Tennisanlage unter Denkmalschutz gestellt wurde.

Seit zwei Jahren aber stehen die Gebäude leer, nachdem das MPP (das übrigens Albert Einstein 1917 in seinem Berliner Wohnzimmer gegründet hatte) auf den Forschungscampus Garching gezogen ist, dort gibt es mehr Platz und viele Partnerinstitute.

Eigentümer des drei Hektar großen Grundstücks am Föhringer Ring ist der Freistaat Bayern. Und der will es nun verkaufen. Das geht aus einer nicht-öffentlichen Kabinettsvorlage von Bauminister



Das denkmalgeschützte Ensemble des früheren Max-Planck-Instituts für Physik am Föhringer Ring gilt als „revolutionärer Forschungsbau“.

FOTOS: ROBERT HAAS

Christian Bernreiter (CSU) von Anfang Juli hervor, die der SZ vorliegt. In derselben Sitzung beschloss der Ministerrat auch, das alte Strafjustizzentrum zu verkaufen. Im Beschlussvorschlag, der dem Vernehmen nach so durchging, heißt es, das Bauministerium werde „gebeten, die Veräußerung der Liegenschaften Föhringer Ring 6 und Nymphenburger Straße 16 bis 18 in München in die Wege zu leiten“.

In der Sitzung ging es auch noch um ein drittes, zentral gelegenes Grundstück, das der Freistaat zur Disposition stellt, an der Lazarettstraße 67. Auf dieser Fläche im Stadtteil Neuhausen, nah an der Grenze zur Maxvorstadt, steht bisher ein großer Verwaltungstrakt, der aber bis Ende des Jahres leergezogen werden soll.

Dort plant die staatliche Wohnungsgesellschaft Bayernheim den Neubau von

233 bezahlbaren Wohnungen. Dieses Projekt darf nach dem Kabinettsbeschluss weiter laufen, allerdings unter Vorbehalt: „Parallel ist weiterhin die Option einer Veräußerung der Liegenschaft in Betracht zu ziehen“, heißt es in der Vorlage.

Die Verkäufe sollen in den leeren sogenannten Grundstock fließen

Hintergrund all dieser Überlegungen ist der prekäre Zustand des sogenannten Grundstocks, einer Art Geldspeicher abseits des Haushalts. Der Grundstock speist sich in der Regel aus Grundstücksverkäufen, zum Beispiel aus den 251 Millionen Euro, die der US-Konzern Apple Anfang 2023 für ein Grundstück an der Seidlstraße bezahlt hat. Und das Geld im Grundstock ist zweckgebunden, es darf nur für Flächenankäufe verwendet werden.

Allerdings ist der Speicher leer, in der Kabinettsvorlage klingt das so: „Im Grundstock sind die liquiden Mittel derzeit aufgebraucht.“ Hinzu komme, dass die Ministerien für 2025 „Bedarfe für Grunderwerbe in Höhe von 107 Millionen Euro“ angemeldet hätten, im laufenden Jahr für den Grundstock aber nur Einnahmen von 54 Millionen Euro geplant seien. Zudem sieht nach Bernreiters Darstellung das Finanzministerium „derzeit keine Möglichkeit“, den Grundstock mit Haushaltsmitteln aufzufüllen.

Mit Drohnen die Demokratie verteidigen?

Rund 250 Studierende entwickeln bei einem Wettbewerb an der Technischen Universität in Garching Ideen, um die Luftabwehr zu verbessern.

Die Dringlichkeit der Veranstaltung findet kurz vor Beginn der finalen Präsentationen ihren Ausdruck. „Lasst uns eine Minute schweigen, für all diejenigen, die in der Ukraine ihr Leben lassen mussten“, sagt der Moderator auf Englisch. Die rund 250 überwiegend jungen Männer im Campus-Saal der Technischen Universität (TUM) in Garching erheben sich von ihren Stühlen. Eine Minute Stille für Menschen, die nur etwa 1500 Kilometer Luftlinie von Garching entfernt Opfer eines Kriegs wurden.

An diesem Wochenende ist der Campus Schauplatz eines sogenannten Hackathons. Bereits am Freitagmorgen kommen die Teilnehmenden zusammen, hören Vorträge, besuchen Workshops und finden sich dann in etwa 50 Teams zusammen. Nun haben sie rund 42 Stunden Zeit für innovative Lösungen und auch, um erste Prototypen zu entwickeln. Das Thema: „Drone Defense“ – Drohnenabwehr.

Am Sonntagmorgen sind die meisten Teams bereits in den letzten Zügen ihrer Arbeit. Stapelweise Kisten mit leeren Energydrink- und Colaflaschen zeugen davon, dass die meisten Teilnehmenden auf Schlaf wohl vollständig verzichtet haben. Ein junger Mann greift die letzte Clubmate-Flasche aus einer Kiste. „Gleich gibt es Nachschub“, verspricht Connor Rehn.

Rehn ist ehemaliger Soldat und hat das Kriegsgeschehen in der Ukraine am eigenen Leib erlebt. Er ist auch Direktor des Bereichs Verteidigung und Sicherheit bei den TUM Venture Labs, einem Tochterunternehmen von TUM und UnternehmerTUM, das jungen Wissenschaftlern hilft, ihre Ideen in marktfähige Produkte zu verwandeln. Sie sind einer der Veranstalter des Hackathons, gemeinsam mit dem European Defense Tech Hub (EDTH), einem europäischen Netzwerk zur Förderung innovativer Projekte im Verteidigungssektor.

Sollte an Universitäten auch für die Rüstungsindustrie geforscht werden? Diese Frage wird immer wieder kontrovers disku-

tiert. Das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr“, das im Juli 2024 in Bayern verabschiedet wurde, enthält unter anderem eine Kooperationspflicht der Hochschulen mit der Bundeswehr. Vor allem aus linken Kreisen wird den Universitäten vorgeworfen, sich zum Teil der Kriegsmaschinerie zu machen. Wer für die Rüstung forsche, habe Menschenleben auf dem Gewissen, so der Tenor der Kritiker.

Ganz anders sehen das Lars Pernickel und Hannes Diener. Sie sind Teil eines Teams, das sich mit der Steuerung von Drohnen mittels Laserpointer beschäftigt. Der erste Pitch kam bei der Jury gut an, den Teams gehören sie zu den 16 Teams, die ihre Idee am Nachmittag größer präsentieren dürfen. „Wenn wir unsere Autonomie in Europa und auch unsere demokratischen Werte erhalten wollen, dann müssen wir anfangen, mehr in Verteidigungssysteme zu investieren“, sagt Diener.

Der 23-Jährige ist Masterstudent im Fach Robotik, nebenbei arbeitet er bereits für einen der größten Rüstungskonzerne Deutschlands. Pernickel, Doktorand der Verkehrstechnik an der TUM, pflichtet ihm bei. „Wir arbeiten hier an Systemen, die Soldaten das Leben erleichtern und im besten Fall retten sollen. Wie wichtig das ist, kann man in der Ukraine bereits gut sehen. Die moderne Technologie bestimmt das dortige Kriegsgeschehen.“

Der Hackathon schaffe Möglichkeiten, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen, aber auch neue Perspektiven zu bekommen. Vor allem die Freiheit, die ein Hackathon den Forschenden biete, sei von Vorteil, so Diener. So könne man festgefahrene Prozesse etablierter Unternehmen umgehen und sei freier im Denken und in der Wahl der Mittel. „Es ist eine ganz andere Art von wissenschaftlicher Arbeit, weil es nicht darum geht, etwas besonders Beeindruckenden zu entwickeln, sondern darum, einfache, effektive und bezahlbare Lösungen für bestehende Probleme zu entwickeln“, erklärt Pernickel.

Das zu entwickeln, sondern darum, einfache, effektive und bezahlbare Lösungen für bestehende Probleme zu entwickeln“, erklärt Pernickel.

Dass Drohnen dabei nicht nur Teil einer zerstörerischen Technologie sein können, sondern auch Leben retten und zu humanitärer Hilfe beitragen können, das versucht German Stelmakh immer wieder zu erklären. Der 24-Jährige ist Student der Luft- und Raumfahrt an der TUM. Seine Familie stammt aus der Ukraine, Stelmakh kam im Alter von 13 Jahren nach München. Vor zwei Jahren gründete er mit Landsleuten das Drone Aid Collective (DAC), das Aufklärungsarbeit und Workshops zum Thema Drohnen anbietet. „In meiner Heimat ist Krieg. Da kann man nicht einfach dazusitzen und nichts tun“, so Stelmakh. Ihm sei bewusst, dass es schwierig sei, sich zu Rüstungsthemen in der Gesellschaft zu positionieren. Doch gerade deshalb leiste er Auf-

klärungsarbeit. Die Qualität und Stärke der Wissenschaft für die Zukunft der europäischen Demokratie zu nutzen, sei das Beste, das man tun könne, so Stelmakh. „Noch haben wir die Zeit, diese Dinge zu entwickeln, also sollten wir sie nutzen. Besser wir investieren heute in die Entwicklung eines guten Drohnensystems, als dass wir später gezwungen sind, selbst zur Waffe greifen zu müssen.“

Für die Ergebnisse interessieren sich Staats- und Bundesregierung

klärungsarbeit. Die Qualität und Stärke der Wissenschaft für die Zukunft der europäischen Demokratie zu nutzen, sei das Beste, das man tun könne, so Stelmakh. „Noch haben wir die Zeit, diese Dinge zu entwickeln, also sollten wir sie nutzen. Besser wir investieren heute in die Entwicklung eines guten Drohnensystems, als dass wir später gezwungen sind, selbst zur Waffe greifen zu müssen.“

Die Sanierung des Strafjustizentrums könnte 250 Millionen Euro kosten

Für das ehemalige Max-Planck-Institut hat laut der Vorlage das Wissenschaftsministerium Bedarf angemeldet, ebenso wie das Finanz- und das Innenministerium. Doch es würden, so heißt es weiter, Sanierungskosten „im zweistelligen Millionenbereich anfallen“, möglicherweise sei eine Sanierung sogar unwirtschaftlich. Hinzu komme, dass der Leerstand „aufgrund von Planungs- und Genehmigungszeiträumen über mehrere Jahre andauern“ würde. Zwar ist der Verkauf beschlossen, aber er sei noch nicht konkret in die Wege geleitet, heißt es zumindest aus Regierungskreisen.

Ähnlich ist die Lage beim alten Strafjustizzentrum. Anders als beim Föhringer Ring hat Bernreiter hier die Verkaufsabsicht selbst öffentlich gemacht. Allerdings hat das Entrüsten von vielen Seiten ausgelöst, von Grünen und SPD im Landtag wie im Stadtrat sowie von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für einen Erhalt des Gebäudebestands und eine gemeinwohlorientierte Nutzung einsetzen.

Bernreiters CSU-Parteifreund, der Landtagsabgeordnete und Bauausschuss-Vorsitzende Jürgen Baumgärtner, hat in dieser Woche einen Alternativplan ins Spiel gebracht, demzufolge der Freistaat etwa ein Drittel des Grundstücks behalten und den Gebäudebestand für eine Wohnnutzung umbauen soll, die übrigen zwei Drittel soll demnach die Stadt München im Erbbau-recht übernehmen.

Ein Kernpunkt der Diskussion ums alte Strafjustizzentrum ist die Frage, ob die Sanierungskosten für die öffentliche Hand machbar sind. Nun hat das Bauministerium auf Anfrage der SPD-Abgeordneten Sabine Gross dazu erstmals eine Zahl herausgegeben: Eine Machbarkeitsstudie habe verschiedene Varianten zu gefördertem Wohnungsbau untersucht und „Kosten von bis zu 250 Millionen Euro ergeben“. Deshalb habe man den Verkauf beschlossen.

Sabine Gross hält die Entscheidung vor diesem Hintergrund für „nicht nachvollziehbar“. Auf dem Grundstück sei ein Bau von 350 bis 370 Wohnungen möglich. Das entspräche Baukosten von 675 000 Euro pro Wohnung, aus ihrer Sicht ein vertretbarer Preis für die Münchner Innenstadt.

Zum Vergleich: Ebenfalls in der Maxvorstadt, an der Karlstraße, saniert der Freistaat mit seiner Stadtbau derzeit zwei denkmalgeschützte Altbauten für 14,5 Millionen Euro und schafft damit 25 neue Wohnungen für eigene Bedienstete, das entspricht Baukosten von 580 000 Euro pro Wohnung.



German Stelmakh (Bild links) leistet Aufklärungsarbeit zum Thema Drohnen. Auch Hannes Diener (li.) und Lars Pernickel haben am Wochenende am Hackathon in Garching teilgenommen.



FOTOS: ROBERT HAAS

klärungsarbeit. Die Qualität und Stärke der Wissenschaft für die Zukunft der europäischen Demokratie zu nutzen, sei das Beste, das man tun könne, so Stelmakh. „Noch haben wir die Zeit, diese Dinge zu entwickeln, also sollten wir sie nutzen. Besser wir investieren heute in die Entwicklung eines guten Drohnensystems, als dass wir später gezwungen sind, selbst zur Waffe greifen zu müssen.“

Für die Ergebnisse interessieren sich Staats- und Bundesregierung

klärungsarbeit. Die Qualität und Stärke der Wissenschaft für die Zukunft der europäischen Demokratie zu nutzen, sei das Beste, das man tun könne, so Stelmakh. „Noch haben wir die Zeit, diese Dinge zu entwickeln, also sollten wir sie nutzen. Besser wir investieren heute in die Entwicklung eines guten Drohnensystems, als dass wir später gezwungen sind, selbst zur Waffe greifen zu müssen.“